



Mitarbeiter des BMI-Büros in der Ständigen Vertretung bei der EU in Brüssel: Angelika Hable, Tobias James, Büroleiterin Eva Wipler, Simon Prammer, Ramona Bernhard.

## Am Puls der EU

**Das Innenministerium hat eine Außenstelle in Brüssel. Ein fünfköpfiges Team vertritt die Interessen des Ressorts bei den EU-Institutionen und sorgt für den Informationsfluss nach Wien.**

Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 gibt es eine „EU-Botschaft“ Österreichs in Brüssel – die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU (StVÖ). Sie ist die größte diplomatische Vertretung Österreichs weltweit. Expertinnen und Experten der österreichischen Fachministerien werden dorthin entsandt, um in ihren jeweiligen Aufgabenfeldern österreichische Interessen einzubringen und zu vertreten. Für das Innenministerium sind fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive einer Assistentin unter der Leitung von Eva Wipler die erste Ansprechstelle.

„Unser Team in Brüssel ist Gesicht und Stimme des österreichischen Innenressorts, der erste Eindruck“, sagt Eva Wipler, seit sechs Jahren Leiterin der Abteilung Inneres an der StVÖ. „Wir vertreten den österreichischen Stand-

punkt in Verhandlungen mit den Vertreterinnen und Vertretern aus den 27 anderen EU-Mitgliedstaaten und auch in informellen Kontakten mit Kolleginnen und Kollegen von Mitgliedstaaten, EU-Institutionen und EU-Agenturen. Inhaltlich decken wir dabei alle BMI-Themen ab.“ Die Palette reicht von Asyl- und Migrationsthemen, über Fragen zur Verwaltung des Schengen-Raums, Polizeizusammenarbeit und Informationsaustausch, Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus und Radikalisierung bis hin zu Visapolitik und Grenz- und Katastrophenschutz. Ziel bei den Verhandlungen sei es, das bestmögliche Ergebnis für Österreich zu erreichen, wobei auch Kompromisse im gegenseitigen Interesse eingegangen werden müssen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen dafür alleine oder mit Unter-

stützung der Experten des BMI an Sitzungen vor Ort teil und verfassen schriftliche Berichte und Analysen, die an die Abteilung I/7 (EU-Angelegenheiten) des Innenministeriums geschickt werden. Auf Basis der Sitzungsdokumente, Berichte und Analysen koordiniert die Abteilung I/7 EU-relevante Themen ressortintern und interministeriell. Dafür finden mit den BMI-Fachabteilungen und anderen involvierten Ressorts Besprechungen statt, wobei die Positionen abgestimmt werden, die Österreich in den folgenden Verhandlungen in Brüssel vertreten soll.

Neben der Teilnahme an Verhandlungen auf Ebene der Referenten für justizielle und innere Angelegenheiten (JI-Referentensitzungen) unterstützt das EU-Büro des BMI Fachexpertinnen und Fachexperten, die für Expertensitzungen aus Österreich anreisen. „Die

niederländische EU-Ratspräsidentschaft will in diesem Halbjahr etwa die Verhandlungen für eine europäische Grenz- und Küstenwache abschließen. Daher finden derzeit parallel Expertensitzungen und JI-Referentsitzungen statt. Das ist eine neue, sehr dynamische Vorgangsweise. Normalerweise finden zuerst Expertensitzungen statt, dann JI-Referentsitzungen und danach wird das Dossier auf Botschafter- und Ministerienebene besprochen“, erklärt Angelika Hable, stellvertretende Leiterin des EU-Büros. „Durch die Vielzahl an Sitzungen in sämtlichen Bereichen der EU-Innenpolitik kommt es zunehmend zu Terminüberschneidungen, da wir Expertinnen und Experten unterstützen und selbst auf Basis von Weisungen aus Wien Verhandlungen führen.“

Seit der letzten österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2006 finden weit mehr Verhandlungen auf Brüsseler Ebene statt. Die Ratsarbeitsgruppen auf Expertenebene aus den Hauptstädten haben in ihrer Anzahl abgenommen. Hinzugekommen sind neue Gremien, wie z. B. COSI (hochrangiger Ausschuss im Bereich innere Sicherheit) und Genval (Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität). Dadurch hat sich auch das Anforderungsprofil der BMI-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Brüssel verändert. „Neben Fachwissen braucht es zunehmend Verhandlungsgeschick, Kommunikationsstärke und Sprachkenntnisse, um die österreichischen Interessen zu vertreten. Eine gute Zusammenarbeit mit der Zentrale in Wien ist dabei ebenso wichtig wie unerlässlich für das Durchsetzen der österreichischen Positionen“, sagt Wipler.

„Wenn auf Ebene der 28-EU-Botschafter in Brüssel der Ausschuss der ständigen Vertreter zu Themen der inneren Sicherheit, Asyl oder Migration stattfindet, unterstützen und beraten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des EU-Büros den österreichischen EU-Botschafter. Dasselbe gilt für Treffen der EU-Innenminister“, erklärt Hable. Dabei unterstützt das Brüssel-Team des Innenressorts logistisch, organisatorisch und inhaltlich die österreichische Delegation unter Leitung des Innenministers. Innenministerräte finden etwa in Sechs-Wochen-Intervallen statt, wegen der aktuellen Krisen im Migrations- und zuletzt nach den Anschlägen in Brüssel auch wieder im Sicherheitsbereich ha-



**Eva Wipler, Leiterin des BMI-Büros in Brüssel: „Durchsetzen der österreichischen Positionen.“**

ben sich die Intervalle im letzten Jahr verkürzt. Derzeit treffen sich die Innen- und Justizminister mindestens einmal pro Monat, es gibt auch sehr kurzfristig anberaumte Treffen, wie den Rat am 24. März 2016 in Reaktion auf die Terroranschläge in Brüssel.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon werden die Dossiers im Bereich Justiz und Inneres im Mitentscheidungsverfahren verhandelt. Dadurch hat das Europäische Parlament an Bedeutung gewonnen. „Bei für uns wichtigen Dossiers verfolgen wir die Debatten im Europäischen Parlament. Wichtig für uns ist dabei der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, wo wir versuchen, über die Mitglieder des Ausschusses unsere Interessen einzubringen“, erläutert Wipler.

**Die Kontaktpflege** mit Kolleginnen und Kollegen anderer EU-Staaten und mit Vertreterinnen und Vertretern von EU-Institutionen, wie etwa der Europäischen Kommission, ist eine wichtige Aufgabe des BMI-Büros in Brüssel. „Die Kontaktpflege ist zeitaufwendig, aber mindestens genauso wichtig, wie sich aktiv in die laufenden Verhandlungen der Ratsarbeitsgruppen einzubringen“, sagt Hable. „Trägt man alle Informationen aus informellen Gesprächen und Sitzungen zu einem Thema zusammen, gelingt es uns oft, europäische Entwicklungen besser vorherzusagen und einzuschätzen. Dann ist für uns wichtig, rasch nach Wien zu berichten, damit wir den Expertinnen und Experten zu Hause einen zeitlichen Vorsprung für eine Meinungsbildung geben.“ Ein Beispiel dafür ist die Überarbeitung der Blue-Card-Richtlinie, die hochqualifizierten Drittstaatsangehörigen den Aufenthalt in der EU ermögli-

chen soll. „Durch den direkten Draht zu Vertretern der Europäischen Kommission konnten wir schon im Vorfeld die geplanten Eckpunkte des Richtlinien-Vorschlags erfahren. Nur so ist es möglich, frühzeitig auf europapolitische Entwicklungen Einfluss zu nehmen“, erklärt Eva Wipler. „Durch gute Kontakte zu Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedstaaten und der europäischen Institutionen haben wir auch mitgeholfen, die Unterstützung für die Save-Lives-Initiative der ehemaligen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner zu stärken. Die Initiative führte zur Vorlage eines Vorschlags der Europäischen Kommission für ein EU-weites Resetlement-System. Wechselseitiges Vertrauen und eine kohärente Position sind in diesen Situationen wichtig, um der eigenen Stimme Gewicht zu verleihen“, sagt Wipler.

**Kooperation und Kommunikation** sind auf EU-Ebene der Schlüssel, um eigene Interessen und die eigene Position durchzusetzen. „Für unsere Arbeit ist es daher auch notwendig, am Puls zu sein und zu wissen, was in Österreich passiert. Entwicklungen in Österreich haben oft unmittelbare Auswirkungen auf unsere Tätigkeit. Wenn ein Thema das Innenressort betrifft, sind wir die erste Ansprechstelle, bei der EU-Kommissionsvertreter nachfragen“, sagt Wipler. Daher ist ein Informationsfluss von Brüssel nach Wien ebenso wichtig, wie von Wien nach Brüssel. „Hier unterstützt uns die EU-Koordinationsabteilung bestmöglich mit aktuellen Informationen in enger Abstimmung mit den BMI-Fachabteilungen.“

Nach 2006 übernimmt Österreich im ersten Halbjahr 2019 wieder die EU-Ratspräsidentschaft. Die Vorbereitungen dafür laufen bereits hinter den Kulissen. „Die Ratspräsidentschaft ist Herausforderung und Möglichkeit zugleich. Es ist wichtig, möglichst früh unsere inhaltlichen Schwerpunkte festzulegen. Je früher wir wissen, welche Themen wir vorantreiben wollen, desto früher können wir Allianzen bilden und für unsere Interessen Stimmung machen“, sagt Eva Wipler. „Es ist unerlässlich, gut vorbereitet zu sein, da man immer auf alles gefasst sein muss, wie zuletzt die terroristischen Attentate und die Migrationskrise deutlich vor Augen geführt haben. Das ist das Abwechslungsreiche aber auch Herausfordernde an unserer Arbeit.“

M. L.